

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festschrieben.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zögauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Vierzehnung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für anderthalb Zeilen 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umständlicher und tabellarischer Satz mit Zuschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsblatt.

Nr. 110.

Dienstag, den 14. Dezember 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach den Genfer Beschlüssen wird die Militärkontrolle der Entente am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen.
- Reichsfinanzminister Dr. Heinold wandte sich im Haushaltsanschluß des Reichstages scharf gegen die Vernehmung der Ausgaben, wenn ihnen keine Einmündung gegenübergestellt würden.
- Einer Meldung aus Libenscheid zufolge wurden in der dortigen Gegend zwei Schulkinder von Wildschweinen überfallen und ausgeraubt.
- Bei einem Schiffsuntergang bei Schanghai fanden etwa 40 Personen den Tod.

Das Verschwinden der Militärkontrolle am 31. Januar 1927.

Das Kompromiß in Genf.

Ende der Militärkontrolle 1. Februar.

Die Beendigung der Ententemilitärkontrolle in Deutschland war die eine Streitfrage in Genf. Wann soll diese Kontrolle endlich aufhören? Auf der Vorkonferenz in Paris hatte man wieder Schwierigkeiten gemacht: die deutschen Bestimmungen an der Diktate und die Frage der Ausfuhr von „Kriegsmaterial“ aus Deutschland.

Hierüber ist nun in Genf eine Art von Einigung hergestellt worden: danach soll die Militärkontrolle der Entente auf alle Fälle am 1. Februar nächsten Jahres aufhören. In bis dahin in jenen beiden Fragen eine Einigung nicht erzielt — die Verhandlungen darüber fallen von Regierung zu Regierung gehen, nicht der Vorkonferenz überlassen bleibt — so findet ein schiedsgerichtliches Verfahren statt, und zwar entweder vor einer besonders eingesetzten Kommission oder vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag. Von vorderein verpflichtet man sich aufeinander, den dann zu fallenden Spruch anzuerkennen.

Die zweite Streitfrage betraf das sog. „Anzeigensprotokoll“, also die Militärkontrolle des Waffenhandels in Ausführung des Artikels 213 des Versailleser Vertrages. Hier ist der französische Anspruch auf Einrichtung einer ständigen Kontrollkommission gestrichelt, und die Erklärung, die der tschechoslowakische Außenminister Beneš auf der Schlußsitzung des Vorkongresses verlas, enthielt als „Ansetzung“ zu jenem Protokoll die ausdrückliche Bestimmung, daß der Vorkongress mit Mehrheitsbeschluß entscheidet, ob es in einem bestimmten Falle notwendig ist, zu einer militärischen Kontrolle zu schreiten, deren Gegenstand und Begrenzung genau festzulegen ist.

Auch hinsichtlich der entmilitarisierten Rheinlandezone gelten keine besonderen Bestimmungen, auch dort gibt es keine ständige Kontrollkommission des Waffenhandels. Eine solche kann geschaffen werden nur durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Mächten; das sind die Mächte, die den Vertrag von Locarno abgeschlossen haben, also auch Deutschland. Daß wir der Einrichtung einer ständigen Kommission zustimmen, ist natürlich ausgeschlossen.

Die deutsche Regierung hat sich mit dieser Vereinbarung einverstanden erklärt.

Genfer Schlusergebnis.

Zusammensetzung des Berliner Kabinetts.

Sonntag konnte endlich in Genf der Schlußpunkt unter die diesmaligen Verhandlungen gesetzt werden. Die beauftragten Minister der verammelten Mächte einigten sich auf eine Formel, die einem wesentlichen Teil der deutschen Wünsche gerecht wird, wenn auch nicht mit allen kritischen Punkten aufgeräumt wurde. Ihre Begleichung soll den weiterzuführenden diplomatischen Verhandlungen überlassen werden. Der alsbald nach der Beendigung der Ministerbesprechungen auszugehende amtliche Bericht bezeichnet als die übrigbleibenden Angelegenheiten die Frage der Festsetzungen und des Kriegsmaterials in Deutschland. Nachstehend der

Wortlaut der Vereinbarung.

Im Verlauf einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der deutschen, belgischen, französischen, großbritannischen, italienischen und japanischen Regierung über die vor der Interalliierten Militärkontrollkommission und der Vorkonferenz noch in der Schwere befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genehmigung beschloffen worden, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles streitig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt daher zu der Hoffnung, daß diese beiden Fragen geregelt werden können. Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festsetzungen und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Vorkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern.
2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festsetzungen eingeleitet, unbeschadet des Rechts der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten.
3. Die Interalliierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Artikel 213 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Vorkongress gestifteten Beschloffe.
4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider Erwarten noch keine gültige Lösung gefunden haben sollten, werden sie vor den Vorkongress gebracht werden.
5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten oder noch zu erzielenden Lösungen zusammenhängen, kann jede der in der Vorkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Vorkonferenz in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist, mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu treten.

Es ist jedoch, vertritt Deutschland zu Punkt 4 die Auffassung, daß ein Appell an den Vorkongress nur in Rechtsfragen stattfinden kann. Falls der Rat selbst eine Lösung nicht zu finden vermag, muß er über die kritischen Punkte ein Rechtsgutachten des Haager Gerichtshofes einholen.

Ministerrat in Berlin.

Das Reichskabinett trat Montag morgen zusammen, um in längerer Beratung die Ergebnisse von Genf zu besprechen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird Dienstag nach Berlin zurückkehren und dann sofort dem Reichspräsidenten sowie dem Reichskabinett über die Genfer Deputate Bericht erstatten. Bestimmte Beschloffe wurden bei der Kabinettsitzung nicht gefaßt, doch soll im Ministerrat Friedebildung mit den erzielten Vereinbarungen zutage treten. Eine amtliche Veröffentlichung wird wahrscheinlich erst nach dem Bericht Stresemanns erfolgen.

Einverständnis in Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei.

Der Pariser Ministerrat, der unter Vorbehalt des Staatspräsidenten Doumergue im Elisee zusammentrat, hat seine Arbeiten nach einhelfstündigen Beratungen beendet. Das nach dem Ministerrat veröffentlichte offizielle Kommuniqué hat folgenden Wortlaut: „Der Ministerrat hat seine volle Übereinstimmung mit Außenminister Briand festgestellt und sich zu dem von Briand in Zusammenhang mit der Regierung erzielten günstigen Ergebnis beklugnet.“ Es soll vorher zu ziemlichen Kämpfen wegen des Widerstandes Poincarés gekommen sein, bei denen eine vorliegende Minderheitsdrohung Briands sogar eine Welle geschlagen habe, so daß Poincaré schließlich nachgegeben habe.

In Genf erklärte Briand, daß Polen und die Tschechoslowakei ständig über den Stand der Unterhandlungen mit Deutschland unterrichtet werden seien. Sie hätten der Regelung der deutschen Abrüstungskontrolle ihre völlige Zustimmung gegeben. In Genf sei nicht davon gesprochen worden, daß die nächste Vorkonferenz in Berlin abgehalten werden solle.

Die Abreise der französischen und englischen Delegationen aus Genf erfolgte nach Sonntag abends, die Deutschen kommen Dienstag nach Berlin.

In der französischen gemäßigten Presse drückt sich Zustimmung zum Abkommen aus, die nationalistischen Blätter erheben sich teilweise in den bekannten Schmähun-

gen gegen Deutschland. Die englische Presse nimmt das Abkommen sympathisch auf.

Stresemann über die Abmachungen.

Bei einem Frühstück, das die in Genf anwesenden deutschen Journalisten Dr. Stresemann gaben, sagte dieser mit Bezug auf die abgeschlossenen Verhandlungen: „Ich kann mir vorstellen, daß der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn eine solche Fühlungnahme damals schon bestanden hätte. Der lebendige Kontakt von Mensch zu Mensch ist durch Telegramme und Antraktionen in keiner Weise zu ersetzen. Ähnliches gilt auch für die Presse, der durch die regelmäßigen Zusammenkünfte in Genf eine persönliche Fühlungnahme ermöglicht wird, die es bisher nicht gab.“

Die Einigung.

Von besonderer politischer Seite wird uns zu dem Abgange der Genfer Verhandlungen geschrieben: Das Charakteristische, übrigens sehr Eigentümliche der achtjährigen Besprechungen in Genf war die völlige Interessenslosigkeit, die man dem Besetzen des Vorkongresses entgegenbrachte; denn nicht dort, sondern von den Ministern der wichtigsten Mächte wurde Politik gemacht.

Diese Politik wurde zwar mehrfach von einer anderen Seite her gehemmt, aber schließlich, wenn auch widerstrebend, gebilligt durch die Vorkonferenz und durch das französische Kabinett. Vielleicht wird man es später einmal erfahren, welche Mittel Briand anwandte, um die Pariser Überstände zu überwinden. Sie waren härter als das Widerstreben, das Chamberlain in London erfuhr, wo man den Streit um die Militärkontrolle der Entente noch recht benutzen wollte, um durch einen Vorstoß wegen des deutschen Exports von Kriegsmaterial allerhand privatwirtschaftliche Vorteile im letzten Augenblick herauszulocken. Hierbei wird die Entscheidung jedoch erst vor dem Vorkongress zu fallen, denn es lag gar nicht damit zu rechnen, daß wir uns nach dieser Richtung hin irgendwelchem Druck fügen. In Paris aber mußte der Widerstand härter sein, weil ja nun die Militärkontrolle durch die Entente, d. h. also vor allem durch Frankreich, am 1. Februar zu Ende ist. Das Ziel der Politik Briands, wenigstens eine ständige Vorkonferenz zu retten, ist nicht erreicht worden. Nur das eine konnte er durchsetzen: die Aufhebung der Militärkontrolle durch die Entente und die, wenn auch theoretische, Einführung der neuen Vorkonferenzkontrolle folgen unmittelbar aufeinander und vorläufig wird in der neuen Kommission ein französischer General den Vorsitz haben. Selbstverständlich ist aber kein Wort darüber zu verlieren, daß das Besetzen dieser Kontrolle des Vorkongresses über Deutschland und die anderen Mittelmächte mit dem Gedanken der Gleichberechtigung nicht zu vereinbaren ist; doch wird man auch hier mit der Zeit als ein selbst redend können, der auch diese Bestimmung des Versailleser Friedens vereinheitlicht wird besichtigen können. Was an Rest von Verhandlungen der Entente noch bestehen sollte, wenn man 1. Februar die Militärkontrollkommission geht, wird aber, wie schon gesagt, an den Vorkongress gehen und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, an den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag.

Wenn auch nicht alles deutschseits erreicht werden konnte, was wir wohl gern wünschten, so ist doch viel erreicht worden. Gar oft sagen es in diesen acht Tagen, als müßte man ergebnislos wieder auseinandergehen. Nun ist erreicht worden an grundsätzlichen Dingen, daß mit dem Scheitern der Kontrollkommission die völlige Entwaflung Deutschlands den Bestimmungen des Versailleser Friedensvertrages gemäß als vollen Erfolg anerkannt wird und daß wir dann auf diesem Zugeständnis weiterbauen können hinsichtlich der Frage der Fortdauer der Rheinlandezone. Die Entscheidung wird dann noch überkommen, als sie es bisher schon war, seit in Locarno das System der militärischen Sicherung durch das friedliche Garantieverträge ersetzt worden war. Erreicht wurde, daß hinsichtlich der entmilitarisierten Zone rechts und links des Rheins nicht die von Frankreich gewünschten Sonderbestimmungen für die Militärkontrolle geschaffen wurden, sondern daß auch keine anderen Bestimmungen gelten als im übrigen Deutschland. Erreicht wurde schließlich auch, daß die Kontrollkommission des Vorkongresses nicht von sich aus in Deutschland Erhebungen veranstalten kann, sondern daß dies nur im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Behörden erfolgen darf.

Gegründet
1896

Walter Gale

Fernsprecher
472

Schloßstr. 22 Wittenberg, Bez. Halle, Coswiger Nr. 12a
Größte vornehme Friseursalons für Damen u. Herren und
größtes Spezialgeschäft feinsten Parfümerien am Platze.

Den geehrten Herrschaften bringe ich meine großen Friseur-
Salons für Damen und Herren in empfehlende Erinnerung.

Dauerwellen (Wasserwelle).

Frisuren in vollendeter Schönheit, Gesichts-Dampfbad mit Buntlichtbestrahlung, Elektrische Kopf- u. Gesichtsmassage, Radiolux-Behandlung (Schönheitspflege) Haarfarben mit „20 Jahre jünger“. Bester und haltbarster Haarfarben „Wiederhersteller der Welt“

Für den Weihnachtstisch

empfehle ich mein großes Lager feinsten Parfümerien und Toiletteseifen erster Firmen in reizenden Geschenkpackungen von 1.50 Mk. an, in weißen Zelluloidwaren und Damenbürsten, Kämme, Haarküre-, Bürsten- und Spiegelgarnituren, Parfümzerstäuber (echt Krystall), in Necessaires u. Haarschmuck (echt Schildpatt). Schöne selbstgefertigte Haarzöpfe in allen Farben und Preislagen.

Mein großes Lager bietet Ihnen die Gewähr, das Richtige zu finden. Post-Autobusverbindung vom Bahnhof bis Haltestelle Markt oder Schloßkirche.

Königin Luise-Bund.

Heute Dienstag, d. 14. Dezbr. abends 8 Uhr im „Waldfischchen“

Weihnachtsfeier.
Alle Kameradinnen mit ihren werthen Angehörigen sind herzlich eingeladen.

M. G. V.
Mittwoch 8 Uhr
Gesangstunde.
Band 4 ist da.

Achtung!
Solange Vorrat reicht!
Prima

Fett-Galzheringe
empfehlen zu kauenem bit-
tlichen Brei

Ernit Bösch, Belgestr. 1.

Rektographenblätter
zu haben bei Steinbeiß.

Sie kaufen

wirklich praktische Weihnachts-Geschenke,
denn etwas anderes kommt in diesem Jahre nicht in Frage,
besonders vorteilhaft

Kammgarnituren von 3,25 an
Manicures von 1,50 an
Seifenkartonagen 2 Stück Seife, 1 Parfüm von 50 Pf. an
Parfüms und
Cölln. Wasser nur erster Firmen
Rasiergarnituren
Zerstäuber
Celluloidwaren

Wäscheleinen 10 Meter, von 75 Pfg. an
Robhaarbesen von 1,90 an
Fensterleder 2,50, 1,70, 1,25, 0,80
Bohrerbesen
Figaro-Staubbesen der Stolz der Hausfrau 6.75
Fußbretter von 65 Pf. an



Jeder Kunde erhält beim Ein-Rabattkarte v. 14.—21. Dez.

kauf gegen Vorzeigen seiner ein kleines Präsent.

Arthur Lambert.

Baumschmuck u. Kerzen besonders preiswert.

Rama MARGARINE
butterfein

Weihnachtsahnung

sieht durchs Haus mit dem Duft der köstlichen Stollen, mit denen die Hausfrau ihren Lieben schon lange vor dem Fest einen Vorgeschmack der Weihnachtsherrlichkeit gibt. Auch der sparsamste Haushalt kann sich diese Vorfreude gönnen, denn „Rama-Margarine butterfein“ sichert jedem Weihnachtsgebäck prächtiges Gelingen, gibt ihm den reinen Geschmack und denselben Nährwert wie beste Molkebutter und kostet doch nur 50 Pfg. 1/2 Pfund.

Kinderzeichnung „Der kleine Coco“ oder „Hans, die bessere Post“, kostenlos.

Romane beliebter Autoren,
Jugendchriften
für Mädchen und Knaben,
Märchen- und Bilderbücher
in schöner Auswahl empfiehlt
Herrn. Steinbeiß, Buchhandlung.

Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauverein für Annaburg u. Umg.
G. G. m. b. H.

Unsern werthen Mitgliedern empfehlen wir zum bevorstehenden Weihnachtsfest
sämtliche Badartikel,
wie: Bestes Weizenmehl, Pa. Auszugmehl in Beuteln, Rosinen, Sultaninen, Korinthen, süße und bittere Mandeln, Mandel-Ersatz, geraspelte Kokosnuß, Zitronat usw.

Große Auswahl in Spielwaren

Für den Weihnachtsbaum:
Baumbehang in Schokolade und Keks, Walnüsse, Haselnüsse, Tafel-Schokolade in Weihnachtspackungen, Christbaumschmuck, Baumkerzen.

Spirituosen: Kognat, Arrak, Rum, sämtliche Liköre, Rot-, Weiß- und Süßweine, ferner: Fruchtweine, wie: Johannisbeers-, Stachelbeers-, Heidelbeers-, Erdbeers- und Hagebuttenwein.

Rauchtabake, Zigarren und Zigaretten
in Geschenk-Packungen.

Erstklassige Frucht- u. Gemüseconserven,
wie: Äpfel, Pfäunen mit und ohne Stein, Süßkirschen, Sauerkirschen, Schattenmorellen, Mirabellen, Stachelbeeren, Erdbeeren, Spargel, Leipziger Allerlei, Kartoffel, junge Karotten und Spinat.

Glask- und Emaillewaren

Ausstattungs-Artikel:
Weiß- und Baumwollwaren,
wie: Bettbezüge, Hemdentuch, Hemden, Bargent, fertige Hemden u. Schürzen, Sportjacken und alle Sorten Strümpfe.
Damen-, Herren- u. Kinder-Regenschirme.
Fitzschuhe und Fitzpantoffeln.
Der Vorstand.

Blütchen
Milseer, Pasteln, sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschläge verschwinden beim täglichen Gebrauch der echten
Streckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul
Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parfüm.

Christ-Bäume
in allen Größen und reicher Auswahl verkauft
Hans Wiesener,
Friedhöfstr. 4.

Frische Büdlinge
geräuch. Schellfisch
Kieler Sprotten
empfiehlt
J. G. Holtmigs Sohn.

Conröhren
Krippenschalen
Schweinetröge
Ferkeltröge
eingetroffen.
Wilhelm Kunze

Frischgeröstete
Kaffees
in verschiedenen Preislagen
empfiehlt
J. G. Holtmigs Sohn.



Syndetikon
klebt, leimt u. kittet alles!
empfiehlt H. Steinbeiß.

Als Weihnachtsgeschenke

empfehle in reichlicher Auswahl:

Damen-Handtaschen, Besuchs- taschen, Kesseltaschen, Affen- taschen, Einkaufstaschen, Brief- taschen, Herren- und Damen- Portemonnaies, Zigarrenetuis, Schulmappen, Kinderfrühstücks- taschen, Schülereetuis, Strei- chholzsetis, Gamaschen, Sport- gürtel, Laßgürtel, Solenträger
in allen Preislagen, Rückfäden in allen Größen u. Prei- slagen, Koffer in Leder, Vulcan und Hartplatte, Prima Macco-Pferde-Regendecken.

Otto Link, Gattlermeister u. Tapezierer,
Annaburg, Hinterstraße 7.

Polizeiliche An- und Abmeldefcheine
sind vorrätig in der Buchdruckerei H. Steinbeiß.

Eletr. Glühbirnen „Osram“
zu Originalpreisen,
Sicherungen / Beleuchtungstörper
für alle Zwecke,
Bügeleisen, Staubfänger,
Lichtlampen, Batterien und Birnen.
Elektromotore.
Röhre zu Dachständer für Radios-
Antennen zu billigsten Preisen
hat am Lager und empfiehlt
Wilhelm Grabl.

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festschrieben.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zorgeauer, 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung usw. ersucht jeder Anspruch auf Vierzahlung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außergewöhnlich Wohnen 7 Goldpfennig, für außergewöhnlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umgehender, Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eintreten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehalte.

Nr. 110.

Dienstag, den 14. Dezember 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach dem Genfer Beschluß wird die Militärkontrolle der Entente am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen.
- Reichsfinanzminister Dr. Heinold wundert sich im Haushaltsanschluß des Reichstages stark gegen die Vernehmung der Ausgaben, wenn ihnen keine Einwirkung gegenübergestellt würden.
- Einer Meldung aus Lüdenscheid zufolge wurden in der dortigen Gegend zwei Schulkinder von Wildschweinen überfallen und ausgeraubt.
- Bei einem Schiffsuntergang bei Schanghai fanden etwa 40 Personen den Tod.

Das Verschwinden der Militärkontrolle am 31. Januar 1927.

Das Kompromiß in Genf.

Ende der Militärkontrolle 1. Februar.

Die Beendigung der Entente-Militärkontrolle in Deutschland war die eine Streitfrage in Genf. Wann soll diese Kontrolle endlich aufhören? Auf der Vorkonferenz in Paris hatte man wieder Schwierigkeiten gemacht: die deutschen Forderungen an der Diktate und die Frage der Ausfuhr von „Kriegsmaterial“ aus Deutschland.

Hierüber ist nun in Genf eine Art von Einigung hergestellt worden: danach soll die Militärkontrolle der Entente auf alle Fälle am 1. Februar nächsten Jahres aufhören. In bis dahin in jenen beiden Fragen eine Einigung nicht erzielt — die Verhandlungen darüber sollen von Regierung zu Regierung gehen, nicht der Vorkonferenz überlassen bleiben —, so findet ein schiedsgerichtliches Verfahren statt, und zwar entweder vor einer besonders eingesetzten Kommission oder vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag. Von vorderein verpfichtet man sich seitens, den dann zu fallenden Spruch anzunehmen.

Die zweite Streitfrage betraf das sog. „Inveigationsprotokoll“, also die Militärkontrolle des Völkerbundes in Ausführung des Artikels 213 des Versailles-Vertrages. Hier ist der französische Anspruch auf Einrichtung einer ständigen Kontrollkommission festgestellt, und die Erklärung, die der tschechoslowakische Außenminister Beneš auf der Schlussung des Völkerbundes verlas, enthält als „Auslegung“ zu jenem Protokoll die ausdrückliche Bestimmung, daß der Völkerbund mit Mehrheitsbeschluß entscheidet, ob es in einem bestimmten Falle notwendig ist, zu einer militärischen Kontrolle zu schreiten, deren Gegenstand und Begrenzung genau festzulegen ist.

Auch hinsichtlich der entmilitarisierten Rheinlande gehen keine besonderen Bestimmungen, auch dort gibt es keine ständige Kontrollkommission des Völkerbundes. Eine solche kann geschaffen werden nur durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen; das sind die Mächte, die den Vertrag von Locarno abgeschlossen haben, also auch Deutschland. Daß wir der Einrichtung einer ständigen Kommission zustimmen, ist natürlich ausgeschlossen.

Die deutsche Regierung hat sich mit dieser Vereinbarung einverstanden erklärt.

Genfer Schlusergebnis.

Zusammenfassung des Berliner Kabinetts.

Sonntag konnte endlich in Genf der Schlußpunkt unter die diesmaligen Verhandlungen gesetzt werden. Die beauftragten Minister der versammelten Mächte einigten sich auf eine Formel, die einem wesentlichen Teil der deutschen Wünsche gerecht wird, wenn auch nicht mit allen kritischen Punkten aufgeräumt wurde. Ihre Begleichung soll den weiterzuführenden diplomatischen Verhandlungen überlassen werden. Der alsbald nach der Beendigung der Ministerbesprechungen ausgegebene amtliche Bericht bezeichnet als die übrigbleibenden Angelegenheiten die Frage der Festlegung und des Kriegsmaterials in Deutschland. Nachstehend der

Wortlaut der Vereinbarung.

Im Verlauf einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der deutschen, belgischen, französischen, großbritannischen, italienischen und japanischen Regierung über die vor der Internationalen Militärkontrollkommission und der Vorkonferenz noch in der Schwere befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genehmigung schloß sich an, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles streitig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt daher zu der Hoffnung, daß diese beiden Fragen geregelt werden können. Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festlegung und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Vorkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern.

2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Artikel an den Festlegungen eingeleitet, unbeschadet des Rechts der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten.

3. Die Internationalisierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Artikel 213 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Völkerbundrat gestifteten Beschluß.

4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen haben sollten, werden sie vor dem Völkerbundrat gebracht werden.

5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der Ziele oder noch zu erledigten Abjungen hängen, kann jede der in der Vorkonferenz teilnehmenden Regierungen ihrer Vorkonferenz in tschechischen Schiedsgerichtshof anrufen, der mit den zuständigen deutschen Behörden in zu treten.

Wie es heißt, vertritt Deutschland zu Vorkonferenz, daß ein Appell an den Völkerbundrat Rechtsfragen stattfinden kann. Falls der Völkerbundrat Lösung nicht zu finden vermag, muß er über Punkte ein Rechtsgutachten des Haager Gerichtshofes.

Ministerrat in Berlin.

Das Reichskabinet trat Montag morgen um in längerer Beratung die Ergebnisse vor sprechen. Reichsfinanzminister Dr. Heinold Dienstag nach Berlin zurückkehren und dem Reichspräsidenten sowie dem Reichskabinetts-Gesamt Bericht erstatten. Bestimmungen wurden bei der Kabinettsitzung nicht gefaßt. Ministerat Besprechung mit den erzielten Besatzungen getreten. Eine amtliche Veröffentlichung wahrscheinlich erst nach dem Bericht Stresemanns.

Grenzverständnis in Frankreich, England und der Tschechoslowakei.

Der Pariser Ministerrat, der unter Vorkonferenzpräsidenten Domergue im Elisee zusammenkam, hat seinen Arbeit an einheimischstämmigen beendet. Das nach dem Ministerrat veröffentlichte Kommuniqué hat folgenden Wortlaut: „Der Vorkonferenz hat seine volle Übereinstimmung mit Außenminister Briand festgestellt und sich zu dem von Briand in Zusammenhang mit der Regierung erzielten günstigen Ergebnis beglückwünscht.“ Es soll vorher zu ziemlichen Kämpfen wegen des Widerstandes Poincarés gekommen sein, bei denen eine vorliegende Nüchternheitsdrohung Briands sogar eine Welle geliebt habe, so daß Poincaré schließlich nachgegeben habe.

In Genf erklärte Briand, daß Polen und die Tschechoslowakei ständig über den Stand der Untersuchungen mit Deutschland unterrichtet worden seien. Sie hätten der Regelung der deutschen Abrüstungsfrage ihre völlige Zustimmung gegeben. In Genf sei nicht davon gesprochen worden, daß die nächste Vorkonferenztagung in Berlin abgehalten werden solle.

Die Abreise der französischen und englischen Delegationen aus Genf erfolgte nach Sonntag abends, die Deutschen konnten Dienstag nach Berlin.

In der französischen gemäßigten Presse drückt sich Zustimmung zum Abkommen aus, die nationalistischen Blätter erheben sich teilweise in den besetzten Schranken

gegen Deutschland. Die englische Presse nimmt das Abkommen sympathisch auf.

Stresemann über die Abmachungen.

Bei einem Frühstück, das die in Genf anwesenden deutschen Journalisten Dr. Stresemann gaben, sagte dieser mit Bezug auf die abgeschlossenen Verhandlungen: „Ich kann mir vorstellen, daß der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn eine solche Fühlungsnahme damals schon bestanden hätte. Der lebendige Kontakt von Mensch zu Mensch ist durch Telegramme und Instruktionen in keiner Weise zu ersetzen. Ähnliches gilt auch für die Presse, der durch die regelmäßigen Zusammenkünfte in Genf eine verständliche Fühlungsnahme ermöglicht wird, die es bisher nicht gab.“

Die Einigung.

Von besonderer politischer Seite wird uns zu dem Abschluß der Genfer Verhandlungen geschrieben. Das Charakteristische, übrigens sehr Eigentümliche der achtstägigen Besprechungen in Genf war die völlige Interesselosigkeit, die man dem Besetzen des Völkerbundes entgegenbrachte; denn nicht dort, sondern von den Ministern der wichtigsten Mächte wurde Politik gemacht.

Diese Politik wurde zwar mehrfach von einer anderen Seite her geahmt, aber schließlich, wenn auch widerstrebend, gebilligt durch die Vorkonferenz und durch das französische Kabinet. Vielleicht wird man es später einmal erfahren, welche Mittel Briand anwandte, um die Pariser Widerstände zu überwinden. Sie waren härter als das Widerstreben, das Chamberlain in London erfuhr, um von dem Streik um die Militär-

kontrollen noch rasch beizugehen wollte, um gegen des deutschen Exports von Privatwirtschaftliche Vorteile auszulösen. Hierüber wird er vor dem Völkerbundrat nicht damit zu rechnen, daß wir hin irgendwelchem Druck fügen. Der Widerstand härter sein, weil die durch die Entente, b. h. also auch am 1. Februar zu Ende ist Briands, wenigstens eine Rolle zu spielen, ist nicht erreicht konnte er durchsetzen; die Kontrolle durch die Entente und die Einführung der neuen Völkerbundmittelbar aufeinander und vordere Kommission ein französischer sein. Selbstverständlich ist aber verlieren, daß das Besetzen dieser Mächte über Deutschland und die mit dem Gedanken der Gleichberechtigung vereinbar ist; doch wird man es einem Hebel rechnen können, der das Versailles Friedensverhältnis Was an Rest von Verantwortung über sollte, wenn man 1. Februar Mission geht, wird aber, wie schon andrath gehen und nicht, wie um den internationalen Schieds-

Die deutschen Mächte erreicht werden, wohl gern nützlich, so ist doch viel erreicht worden. Gar oft schien es in diesen acht Tagen, als müsse man ergebnislos wieder auseinandergehen. Nun ist erreicht worden an grundsätzlichen Dingen, daß mit dem Scheitern der Kontrollkommission die völlige Entwaftung Deutschlands den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages gemäß als vollen anerkannt wird und daß wir dann auf diesem Zugeständnis weiterbauen können hinsichtlich der Frage der Fortdauer der Rheinlande bei Deutschland. Sie wird dann noch widerstrebender, als sie es bisher schon war, seit in Locarno das System der militärischen Sicherung durch das friedliche Garantieverträge ersetzt worden war. Erreicht wurde, daß hinsichtlich der entmilitarisierten Zone rechts und links des Rheins nicht die Vorkonferenz gewünscht Sonderbestimmungen für die Militärkontrolle geschaffen werden, sondern daß dort auch keine anderen Bestimmungen gelten als im übrigen Deutschland. Erreicht wurde schließlich auch, daß die Kontrollkommission des Völkerbundes nicht von sich aus in Deutschland Erhebungen veranstalten kann, sondern daß dies nur im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Behörden erfolgen darf.

